

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbm d



Inhalt

Dr. Diether Posser MdL, Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, weist CDU-Vorwürfe gegen die Düsseldorfer Familienpolitik zurück: Die "Irrtümer" des Herrn Schlottmann. Seite 1

Robert Antretter MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion, würdigt die EG-Süderweiterung: Das Gewicht der Gemeinschaft wird stärker. Seite 3

Dokumentation

Der SPD-Spitzenkandidat zu den niedersächsischen Landtagswahlen, Gerhard Schröder MdB, forderte in einer Rede in der KZ-Gedenkstätte Sandbostel Lehren aus dem 8. Mai zu ziehen. Wir veröffentlichen seine Rede im Wortlaut.

Seite 5

40. Jahrgang / 86

7. Mai 1985

Die "Irrtümer" des Herrn Schlottmann

Die Vorwürfe des CDU-MdB gegen die Düsseldorfer Familienpolitik sind nicht korrekt

Von Dr. Diether Posser MdL
Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Ausgerechnet der sozialdemokratischen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Schlottmann kürzlich eine familienfeindliche Politik vorgeworfen. Mit einer Liste besonders die Familie betreffender Maßnahmen versuchte der Abgeordnete im Pressedienst seiner Partei den Bürgern angebliche Kürzungen von Landesleistungen in den Jahren 1980 bis 1984 von mehr als 800 Millionen DM zu suggerieren.

Es fällt schwer, Herrn Schlottmann keine böse Absicht zu unterstellen. Sonst müßte man annehmen, zur Erzielung eines möglichst eindrucksvollen Ergebnisses sei mit unverantwortlichen Tricks gearbeitet worden. Oder sollte Herr Schlottmann tatsächlich vergessen haben, daß es die Wende-Koalition in Bonn war, die gegen den Widerstand von Sozialdemokraten im Bundestag und des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat einen massiven sozialen Kahlschlag betrieben hat? Hierzu gehörte auch die Ausbildungsförderung, deren auf Nordrhein-Westfalen entfallender Kürzungsanteil von 255 Millionen DM Herr Schlottmann nun versucht, der Landesregierung in die Schuhe zu schieben. Verschwiegen wird dabei, daß die Regierung von Ministerpräsident Rau - nachdem alle Bemühungen, eine akzeptable Schülerförderung auf Bundesebene zu erreichen, scheiterten - ein eigenes Förderprogramm beschlossen hat. Hieraus werden allein in diesem Jahr etwa 20.000 Schüler aus sozial schwachen Familien mit insgesamt rund 28 Millionen DM gefördert.

Mehr als die Hälfte seiner "Horror-Bilanz" erreicht der Bundestagsabgeordnete durch einen schlichten Rechenfehler: Aus einer Kürzung



40. Jahrgang / 86 / 7. Mai 1985

der Ausgaben für Kinder- und Müttererholung von 455.000 DM werden 455 Millionen DM gemacht; das ist der tausendfache Betrag! Einem weiteren "Irrtum" unterliegt Herr Schlottmann beim Landesjugendplan. Dort wird zwar die Reduzierung des Ausgabenansatzes insgesamt korrekt wiedergegeben; als zusätzliche Negativposten erscheinen aber in der "Bilanz" 7,5 Millionen DM für die Jugenderholung und 13,3 Millionen DM für die Kindererholung, die Teile des Landesjugendplanes sind, also doppelt gerechnet wurden. Daß Nordrhein-Westfalen die Mittel für den Landesjugendplan in diesem Jahr gegenüber 1984 um rund 20 Millionen DM aufgestockt hat, wird ebenso verschwiegen wie die Tatsache, daß Nordrhein-Westfalen mit den im Landesjugendplan veranschlagten 232,4 Millionen DM immer noch mehr leistet als alle übrigen Bundesländer zusammen.

Bereinigt man die "Bilanz" des Herrn Schlottmann um die falsch, irrtümlich oder doppelt gerechneten Beträge, dann verbleibt insgesamt eine Kürzung von rund 100 Millionen DM. Diese Einsparungen sind Teil des Konzepts maßvoller und sozial ausgewogener Kürzungen im Landeshaushalt, die notwendig waren, um Mittel für dringendere Aufgaben zur Verfügung stellen zu können. Wie sinnvoll - und erfolgreich - diese Umschichtungen im Landeshaushalt waren, wird zum Beispiel im "Landesprogramm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" deutlich, für das allein 1984 235 Millionen DM bereitgestellt wurden. Das ist mehr als die Bundesregierung insgesamt für diese Zwecke zur Verfügung stellt. In diesem Jahr ist der Ausgaberahmen sogar auf rund 675 Millionen DM erweitert worden.

In Nordrhein-Westfalen hat die Familienpolitik trotz der finanziellen Restriktionen nach wie vor einen hohen politischen Stellenwert. Das zeigt sich deutlich an den staatlichen Förderleistungen, die trotz mancher unabwendbarer Einschränkungen noch immer Vorbildcharakter für andere Bundesländer haben. Die familienbezogenen Haushaltsansätze beliefen sich allein für das Haushaltsjahr 1984 auf mehr als drei Milliarden DM.

(-/7.5.1985/rs/ks)

+ + +



Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie in Europa

Mit dem EG-Beitritt von Spanien und Portugal wird auch das Gewicht Europas in der Welt wachsen

Von Robert Antretter MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion

Was vielen Beobachtern zuletzt ein bloßer Wunschtraum war, an den niemand mehr glaubte, ist doch wahr geworden. Ab dem 1. Januar 1986 wird es tatsächlich das "Europa der Zwölf" geben. Das achtjährige Beitrittsdrama mit Portugal und Spanien hat - nach oft recht blamablen Pokerrunden - zu einem überraschend guten Ende gefunden. Über diesen Sieg der Vernunft kann man froh sein.

Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft hat eine politische Bedeutung, die über den Tageserfolg des "Märzgipfels" weit hinausweist. Der 1. Januar 1986 ist zweifellos ein historisches Datum. Mit dieser Terminsetzung hat die Gemeinschaft - allen Unkenrufen zum Trotz - bewiesen, daß sie, wenn es wirklich darauf ankommt, politisch handlungsfähig ist. Langfristig werden alle europäischen Bürger vom Zusammenschluß der in den zwölf Staaten lebenden 300 Millionen Menschen profitieren. Schließlich werden hier über 30 Prozent des Sozialprodukts der westlichen Welt hergestellt. Und dieser Binnenmarkt, geht es nach dem ehrgeizigen Programm der EG-Kommission unter Jacques Delors, wird bis 1992 zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Sozialraum entwickelt sein.

Allerdings: die positiven Zukunftserwartungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß zunächst vertiefte Wirtschaftskrisen ins europäische Haus stehen. Durch den Beitritt der iberischen Länder werden jedenfalls die Agrarüberschüsse nicht vermindert. Im Gegenteil: Es wird mehr Wein, mehr Oliven und mehr Fisch und Fleisch auf dem europäischen Markt geben. Was für viele Klein- und Mittelbauern Existenzsorgen bedeutet, kann für europäische Verbraucher auch Vorteile bringen - vorausgesetzt, die Neuordnung der europäischen Landwirtschaft wird endlich verwirklicht. Die jetzt ausgehandelten Übergangsregelungen könnten - wie die Integrierten Mittelmeer-Programme - erste Bausteine dieser Neuordnung sein. Die künftige Praxis muß die Tragfähigkeit der Vereinbarungen erweisen.

Für die industrielle Entwicklung Südeuropas steht freilich zu befürchten, daß auf die regierungsamtliche Euphorie alsbald ein Schock bei den betroffenen Bürgern folgen wird. Vor allem Portugals schwache Industrie hat gegen die mitteleuropäischen Unternehmen keine Chance. Und Spaniens Hoffnungen, den Anschluß an spitzentechnologische Standards zu finden, dürften sich kaum realisieren lassen. Ohnehin wird die Durchdringung der Märkte beider Staaten mit Waren aus den hochentwickelten Industrieländern nur in langsamen Dosierungen möglich sein.

Experten gehen davon aus, daß die Massenarbeitslosigkeit in den iberischen Ländern nach dem Beitritt zunimmt. Liegen die Zahlen jetzt schon bei 20 Prozent der Erwerbsbevölkerung, so ist damit zu rechnen, daß der industrielle Strukturwandel zusätzlich drei Millionen Arbeitsplätze vernichten wird. Da es neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Wanderarbeiter nicht gibt, droht Europa die Gefahr eines beschleunigten Auseinanderdriftens von Nord und Süd. Das Wohlstandsgefälle zwischen Hamburg und Palermo wird aktuell mit sieben zu eins angegeben. So kann die Gemeinschaft einem internen "Nord-Süd-Konflikt" nur dann begegnen, wenn es ihr gelingt, das Problem Nummer Eins zu lösen: die Massenarbeitslosigkeit muß endlich wirksam bekämpft und abgebaut werden!

Die Zahlen wirken im Lichte des iberischen Beitritts doppelt trostlos: Seit 1979 hat sich der Umfang der Massenarbeitslosigkeit im "Europa der Zehn" mehr als verdoppelt. Derzeit sind über 13 Millionen Menschen



arbeitslos registriert, was nach Erfahrungswerten des Europäischen Gewerkschaftsbundes heißt, daß tatsächlich über 18 Millionen ohne Beschäftigung leben müssen. Das sind 14 Prozent aller Erwerbspersonen in der EG. Der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren beträgt um 40 Prozent. Die jungen Frauen sind im Durchschnitt zu 50 Prozent arbeitslos. Seit Jahren liegt in Italien die Jugendarbeitslosigkeit bei 60 Prozent. Und bei den Neumitgliedern Spanien und Portugal finden gegenwärtig sogar 80 Prozent eines Jahrgangs keinen Arbeitsplatz. Daß jetzt das "Europa der Zwölf" allen Grund hat, dem Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit erste Priorität zu geben, dürfte also keine Frage sein.

Wir Sozialdemokraten stellen dazu fest: seit den 70er Jahren, als die weltwirtschaftliche Strukturkrise einsetzte, haben wir ständig auf Strategien zur Überwindung der demokratiegefährdenden Massenarbeitslosigkeit in Europa gedrängt. Hans-Jochen Vogel hat die Forderung eines "Internationalen Beschäftigungspaketes" an die Spitze des Wahlprogramms 1983 gestellt. Zusammen mit den Gewerkschaften haben wir solide Konzepte für ein qualitatives Wirtschaftswachstum entwickelt und dafür auch mehrere Male gemeinsam demonstriert. Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament ist nicht müde geworden, gegen die reaktionäre Ideologie und den Aberglauben der magischen "Selbstheilungskräfte des Marktes" konkrete beschäftigungspolitische Alternativen zu formulieren. Dabei wurden klare Schwerpunkte gesetzt:

- Wir wollen einen schonenden Umgang mit der Natur durch die Versöhnung von Wirtschafts- und Umweltkriterien.
- Wir sind für eine Industriepolitik, die für eine neue Generation von Gütern und Dienstleistungen investiert.
- Wir treten ein für eine gemischte Strategie der Arbeitszeitverkürzung.
- Wir wollen eine Forschungs- und Technologiepolitik, die den technischen Fortschritt nutzt zur Humanisierung der Arbeitswelt.
- Wir bestehen darauf, daß Modernisierung sozial beherrscht werden muß durch den Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Vor allem aber haben wir eine regionalpolitische Konzeption zu vertreten, die überall in der Gemeinschaft die Beschäftigungschancen fördert und Programme umfaßt für besonders benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt; also Jugendliche, Frauen, ausländische Arbeitnehmer und Behinderte nicht einfach ihrem Schicksal überläßt.

Nach dem Beitritt von Spanien und Portugal bedarf dieses sozialdemokratische Gesamtkonzept dringender denn je der praktischen Umsetzung. Jetzt, da in der EG-Kommission der Gewerkschafter Alois Pfeiffer für "Beschäftigung" zuständig ist und sich im Europäischen Parlament das Gewicht der demokratischen Sozialisten verstärken wird, sind dafür Chancen vorhanden. Das neue Programm der Kommission, das den "sozialen Dialog auf Gemeinschaftsebene" beleben will, scheint ein vielversprechender Ansatz zu sein.

Wir Sozialdemokraten haben den EG-Beitritt von Spanien und Portugal immer befürwortet und nachdrücklich gefördert. Wir sehen darin einen Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie. Wir wußten, daß die Europäische Gemeinschaft auf dem Weg zur politischen Union ihre Definition europäischer Identität finden muß. Dazu war die historische und kulturelle Dimension, die beide iberischen Länder für Europa einbringen, unverzichtbar. Allein durch die Beziehungen zu Lateinamerika wird die politische Rolle Europas in der Welt stärker werden. Insofern ist das "Europa der Zwölf" ein wesentlicher Schritt nach vorn.

Auf vielfältige Weise gibt es produktive Spannungen in der Kultur von Süd- und Nordeuropa. Dazu gehören auch unterschiedliche Auffassungen des demokratischen Sozialismus. Wir deutschen Sozialdemokraten begrüßen es, daß unsere spanischen und portugiesischen Freunde künftig in Brüssel und Straßburg mitentscheiden werden. Gemeinsam kämpfen wir für ein starkes und solidarisches Europa - für eine europäische Gesellschaft, die für alle das Grundrecht auf humane Arbeit verwirklicht. (-/7.5.1985/rs/ks)

+ + +



DOKUMENTATION

Gerhard Schröder: Die Lehren des 8. Mai begreifen - das Wettrüsten beenden

Der SPD-Spitzenkandidat für die niedersächsischen Landtagswahlen, der Bundestagsabgeordnete Gerhard Schröder, forderte in einer Rede in der KZ-Gedenkstätte Sandbostel am 2. Mai, die Lehren des 8. Mai 1945 für die heutige Politik zu nutzen. Der Wortlaut:

Als englische Truppen in der Nacht zum 29. April 1945 das KZ Sandbostel befreiten, bot sich ihnen ein Bild des Grauens. Wir kennen diese Bilder. Halb verhungerte Menschen, geschwächt durch Seuchen, durch Typhus, kaum noch in der Lage, ihre Befreier zu begrüßen. Unter eins dieser Bilder schrieb der englische Militärfotograph: "Überall im Lager verstreut liegen Körper dort, wo sie verstorben sind."

Im Jahre 1937 wurde mit dem Bau des Lagers Sandbostel begonnen. Es sollte ein großes Kriegsgefangenenlager werden. Und es wurde eins. Heute liegen hier weit über 10.000 Tote begraben. Darunter mehr als 7.500 verhungerte und ermordete sowjetische Kriegsgefangene.

Gegen Ende des Krieges war das KZ Sandbostel Auffanglager für die Hungermärsche aus anderen KZs, die auf Befehl Himmlers nicht in die Hände der Alliierten fallen sollten. Noch mehr Menschen wurden hier zusammengepfercht. Hunger, Schläge, Erniedrigungen: Der ganze Katalog des Schreckens der Lager erreichte kurz vor der Befreiung des Lagers noch einmal einen Höhepunkt. Dabei müssen wir bedenken, daß Sandbostel noch nicht einmal eines der Vernichtungslager war. Aber die Berichte von russischen Kriegsgefangenen, die überlebten, lassen uns ahnen, was diese Menschen erlitten haben, welches unsägliche Leid ihnen zugefügt wurde.

Gerade angesichts der unsäglichen Debatten um den Besuch des amerikanischen Präsidenten im Konzentrationslager Bergen-Belsen und auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg; angesichts des reaktionären Denkens, daß der Fraktionsvorsitzende Dregger in seinem Brief an die amerikanischen Senatoren offenbarte; gerade deshalb und um so mehr ist es unsere Pflicht, das Datum des Sieges über den Faschismus als Tag der Befreiung zu begehen, als Tag der Freude über das Ende des nationalsozialistischen Terror-Regimes. Aber eben auch als Tag der Trauer um die Opfer der Naziherrschaft: Trauer um sechs Millionen hingemordete jüdische Bürger, Trauer um die über 20 Millionen Toten der Sowjetunion, Trauer um die erhängten Widerstandskämpfer, Trauer um die abermillionen Menschen, die dem von den Nazis entfesselten Krieg zum Opfer gefallen sind.

Und wir müssen in diesen Tagen auch daran erinnern, daß es uns Deutschen nicht aus eigener Kraft gelungen ist, uns von der Barberei zu befreien. Erst das Bündnis fast der ganzen Welt gegen die deutsche Militär-Maschinerie konnte der Naziherrschaft ein Ende setzen.

Um so bedrückender ist es, wenn wir heute immer wieder feststellen können, daß nicht die zwölf Jahre der Naziherrschaft mit ihren Graueln und ihrer Menschenverachtung von etlichen unserer Mitbürger als Schande empfunden wird, sondern die Tatsache der bedingungslosen Kapitulation. Der schwärzeste Tag der deutschen Geschichte war aber nicht der 8. Mai, es war der 30. Januar 1933, der Tag, an dem die Nazis die Macht ergriffen. Auch der Unbelehrbarste müßte eigentlich erkennen, daß der 8. Mai 1945 nur die zwingende Folge des 30. Januar 1933 war.

Von solchen Unbelehrbaren gibt es viele. Denn die Zeit der Nazi-Barberei wurde nicht aufgearbeitet. "Die Unfähigkeit zu trauern" nannte Alexander Mitscherlich diesen Verdrängungsprozeß. Das Leben mußte eben weitergehen. Und in den 50er Jahren vernebelte das Wirtschaftswunder ein kritisches Herangehen an die eigene Geschichte. Der Schriftsteller Peter Schneider brachte das auf die Formel: "Der Gang der Dinge ersetzte den Lernprozeß."



Weil das so war, ist es um so wichtiger, anläßlich des 40. Jahrestages der Befreiung mitzuhelfen, einen solchen Lernprozeß in Gang zu setzen.

I.

Das wird nicht einfach sein. Wir kennen die Umfragen, nach denen 54 Prozent der Bundesbürger dazu neigen, die deutsche Vergangenheit zu ignorieren. Vierzig Jahre nach Kriegsende wollen sie nichts mehr von den Greueln der Hitler-Zeit und den Schrecken des Krieges hören. Am stärksten - und nach dem vorher gesagten verwundert das nicht - ist der Anteil der Ignorierer mit über zwei Dritteln in der Gruppe der über 65jährigen. Hoffnungsvoll stimmt dagegen, daß in der Altersgruppe der 18 bis 24jährigen knapp zwei Drittel der Befragten dafür sind, die deutsche Vergangenheit in den Medien zu erörtern. Aber Meinungsumfragen geben nur selten ein vollständiges Bild.

Immer wieder stoßen wir auf Fälle, in denen Jugendliche sich rechtsextremistischen Gruppen angeschlossen haben. Sie suchen dort vor allen Dingen "Kameradschaft" in einer ihnen immer kälter erscheinenden Welt. Offenkundig bieten rechtsextremistische Organisationen häufig das an Wärme und sozialen Kontakten an, was diese Jugendlichen woanders nicht finden können. So ist der Rechtsextremismus von Jugendliche eine mögliche Reaktionsform auf Situationen, die schwer zu bewältigen sind: Jugendarbeitslosigkeit, Leere, soziale Kälte, Angst vor der Zukunft.

Sicher, das ist keine relevante Gruppe unter den Jugendlichen. Aber daß es solche Jugendliche gibt, beweist auch, daß der Schoß noch fruchtbar ist, aus dem das kroch, wie Bert Brecht meinte. Die Nazis sind eben nicht vom Himmel gefallen. Sie entwickelten sich "aus dem Urschlamm deutscher Innerlichkeit" heraus. Unser Genosse Martin Hirsch ist einer derjenigen, die immer wieder auf diesen Zusammenhang hingewiesen haben.

Wenn das aber so war, so müssen wir dort, an der Basis, auch ansetzen. Dann muß es für uns alle, für jeden Sozialdemokraten, wichtig sein, den Kampf gegen das Wiederaufkommen reaktionären, ja menschenverachtenden Denkens und Handelns im Alltag zu führen. Das heißt, wir alle müssen uns engagieren gegen Ausländerfeindlichkeit und Judenwitze, gegen die Benachteiligung von Behinderten und die Diskriminierung von Minderheiten.

Und dazu gehört auch das Sich-engagieren in der Vermittlung der Erfahrungen mit dem Nazi-Regime an die Jugendlichen: In den Freizeithäusern, den Schulen, in den Sportvereinen. Die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten leistet hier eine Menge an Arbeit. Unsere Partei sollte noch mehr als bisher auf den Erfahrungsschatz der verfolgten Genossinnen und Genossen zurückgreifen. Denn wir dürfen nicht nachlassen; wir müssen jede Möglichkeit zur Aufklärung nutzen, wir müssen um jeden einzelnen dieser Jugendlichen kämpfen.

Eines - so denke ich - ist sicher: Sind wir erfolgreich im Kampf gegen dieses menschenverachtende Denken und Handeln, seine Vorurteile und seine "Verlockungen", dann werden auch die großen Führer und Verführer in unserem Lande keine Chance mehr haben.

II.

Der Krieg ist von deutschem Boden ausgegangen. Allein die Völker der Sowjetunion hatten 20 Millionen Tote zu beklagen. Einige von ihnen sind hier in Sandbosten begraben. Das große Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion erklärt sich zu einem großen Teil aus dieser Tatsache. Alle Deutschen müssen daher begreifen, daß jede Diskussion über die Revision der nach dem Krieg entstandenen Grenzen in der Sowjetunion - und nicht nur dort - auf tiefes Mißtrauen stößt.



III.

Die sicherste Gewähr gegen das Wiedererstarken des Faschismus ist die Verteidigung und die Entwicklung der Demokratie. Daran arbeiten wir. Daran arbeitet auch der größte Teil der Jugend in der Bundesrepublik. Es ist beinahe überflüssig zu betonen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im besonderen Maße mit der demokratischen Entwicklung in Deutschland verbunden ist. Aber gerade an dieser Stätte will ich betonen: Die SPD hat der Nazi-Diktatur widerstanden. Sie hat Tausende von Opfern des Nazi-Regimes zu beklagen. Sie wird immer die Partei der Demokratie bleiben.

IV.

Eine demokratische Gesellschaft ist eine friedliche Gesellschaft. "Nie wieder", so schworen die Befreiten in den Konzentrationslagern, "nie wieder darf von deutschem Boden Krieg ausgehen". Diesem Vermächtnis müssen wir gerecht werden. Deshalb auch soll daran erinnert werden, daß im Jahre 1985 sich auch zum fünfzehnten Male die Unterzeichnung des Vertrages von Moskau jährt. Der 8. Mai 1945 und der Tag des Abschlusses des Moskauer Vertrages, der 12. August 1970, sie haben sehr viel miteinander zu tun: Durch den Vertrag von Moskau wurde die Unverletzlichkeit der Grenzen festgeschrieben. Jener Grenzen, die die Folge der Nazi-Herrschaft in Deutschland sind. Dieser Vertrag muß deshalb lebendig bleiben. Nur so kann Vertrauen entstehen, das aus Gegnern Partner, ja Freunde machen kann. Vertrauen entsteht durch Begegnung und Zusammenarbeit auf allen Gebieten. Deshalb ist es gut, wenn sich möglichst viele Jugendliche aus der Bundesrepublik aus Anlaß der Weltjugendfestspiele in diesem Sommer in Moskau treffen.

V.

Gerade vor den Gräbern sowjetischer Kriegsgefangener muß betont werden, daß Entspannungspolitik und ein Ende des Wettrüstens eine der wichtigsten Lehren für uns aus dem 8. Mai sind. Wir haben gelernt, daß Waffen keine wirkliche Sicherheit bedeuten, atomare Waffen schon gar nicht. Deshalb muß es zu einer weltweiten Abrüstung kommen.

Und wer wirklich Abrüstung will, der darf zunächst nicht weiter aufrüsten. Es ist deshalb erforderlich, alle Pläne zur Militarisierung des Weltraums fallen zu lassen. Schon die entsprechenden Forschungsvorhaben müssen gestoppt werden. Wir müssen die Kriege auf der Erde beenden, und nicht den Krieg der Sterne entfesseln.

Es ist deshalb nötig, die vorhandene atomare Drohung zu reduzieren. Zu einer weiteren Stationierung atomarer Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland darf es nicht kommen. Entsprechend müssen die sowjetischen SS-20-Raketensysteme abgebaut werden. Es wäre doch nur vernünftig, wenn es in Verhandlungen gelänge, möglichst bald alle Atomwaffen wegzubringen. Die Vereinbarung, diese Waffen nicht als erste einzusetzen, sie wäre ein kurzfristig auszuhandelndes Ziel, dem doch eigentlich beide Gesprächspartner in Genf zustimmen könnten. Dem könnten dann Vereinbarungen über atomwaffenfreie Zonen in Mitteleuropa und anderswo folgen.

Ich denke es liegt auf der Hand: Sicherheit gibt es für die Völker der Welt nicht durch weitere Bewaffnung, sondern nur durch Zusammenarbeit in möglichst vielen Bereichen. Nur dadurch wird jenes Vertrauen geschaffen, das Kriege verhindert. Das ist für mich eine entscheidende Lehre aus dem 8. Mai 1945: eine Lehre die hinführt auf eine gemeinsame und friedliche Zukunft.

VI.

Der Gedenktag 8. Mai muß zu einem Denktag werden. Wenn es uns gelingt, einen Lernprozeß mit zu organisieren, in dem die von mir angesprochenen Elemente mit aufgenommen werden, wenn es uns gelingt, unsere Vergangenheit aufzuarbeiten und nicht zu verdrängen, dann wird es uns auch gelingen, Zeichen des Friedens und der Versöhnung zu setzen. Frieden und Versöhnung im Innern wie nach Außen: Sollte dies das Ergebnis der vielen Gedenkfeiern zum 8. Mai sein, sie wären ein voller Erfolg. (-/7.5.1985/rs/ks)

+ + +

